



SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT  
CONFÉDÉRATION SUISSE  
CONFEDERAZIONE SVIZZERA  
CONFEDERAZIUN SVIZRA

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
**Bundesamt für Migration BFM**  
Direktionsbereich Asylverfahren  
**MILA / Migrations- und Länderanalysen**

## Focus

# Mazedonien

**Vom abgelehnten Referendum im November 2004 zu den Lokalwahlen im März 2005**

*Öffentlich*

---

**Desk Länder II**  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

21. April 2005

**Schrankenerklärung**

Das vorliegende Produkt wurde von der Sektion Migrations- und Länderanalysen MILA des Schweizerischen Bundesamtes für Migration (BFM) erstellt. Der Inhalt basiert grundsätzlich auf öffentlichen Informationsquellen, welche mit grösstmöglicher wissenschaftlicher Sorgfalt recherchiert, ausgewertet und aufbereitet worden sind. Kein Produkt der Sektion MILA erhebt den Anspruch, ein erschöpfendes Bild zu einem bestimmten Land oder zu einer bestimmten Fragestellung zu vermitteln. Es lassen sich daraus weder die Asylrelevanz eines individuellen Vorbringens noch ein allfälliger Flüchtlingsstatus ableiten. Auch lassen sich überholte, unvollständige, unpräzise oder unkorrekte Angaben nicht in allen Fällen ausschliessen. Die Berücksichtigung von nicht amtlichen Quellen verleiht diesen keinen amtlichen Charakter. Das vorliegende Dokument kann nicht als politische Stellungnahme seitens der Schweiz oder deren Behörden gewertet werden.

**Clauses limitatives**

Le présent document a été élaboré par la Section Analyses sur la Migration et les Pays MILA de l'Office Fédéral des Migrations (ODM) en Suisse. En principe son contenu repose sur des informations publiques. Celles-ci ont été recherchées, exploitées et présentées le plus scrupuleusement possible du point de vue scientifique. Les documents de la Section MILA ne prétendent pas donner une image exhaustive des pays traités ou apporter une réponse définitive aux thèmes abordés. De même, ils ne permettent pas de déduire si les arguments invoqués par une personne sont déterminants pour l'octroi de l'asile, ni si le statut de réfugié doit être accordé à cette dernière. En outre, des données dépassées, incomplètes, imprécises ou incorrectes ne sont pas totalement exclues. A noter que l'utilisation de sources non administratives ne leur confère pas pour autant un caractère officiel. Enfin, le présent document ne peut pas être considéré comme une prise de position politique de la Suisse ou de ses autorités.

**Disclaimer**

The product at issue has been compiled by the Section Migration and Country Analysis MILA of the Swiss Federal Office for Migration (FOM). In principle the contents are based on public sources. All the information provided has been researched, evaluated and processed with utmost care. No product of MILA claims to provide an exhaustive picture of a certain country or a particular matter. Nor may conclusions be drawn from it as to the merits of any claim to refugee status or asylum. Outdated, incomplete, inaccurate or incorrect information cannot be ruled out. The consideration of non-official sources does not endow these with official character. The present document is not a political statement on the part of Switzerland or its authorities

# Inhaltsverzeichnis

1.	<b>Einleitung</b> .....	4
2.	<b>Regierung kann sich nach dem Tod von Präsident Trajkovski behaupten</b> .....	4
3.	<b>Ohrid-Verträge: Schwierige Schlussphase</b> .....	4
3.1.	Proteste der nationalistischen mazedonischen Opposition .....	5
3.2.	Das gescheiterte Referendum vom 7. November 2004 .....	5
4.	<b>Regierungskrise nach Referendum rasch gelöst</b> .....	5
5.	<b>Lokalwahlen mit Abstrichen erfolgreich</b> .....	6
6.	<b>Anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage</b> .....	6
7.	<b>Migrationssituation</b> .....	7
	<b>Anhang 1: Bezirke</b> .....	8

## 1. Einleitung

Der vorliegende Focus stellt die politische Entwicklung seit dem Tod von Präsident Trajkovski im Februar 2004 bis zu den Lokalwahlen vom 13./27. März und 10. April 2005 dar. Ebenso wird kurz auf die Wirtschafts- und Migrationssituation eingegangen.

## 2. Regierung kann sich nach dem Tod von Präsident Trajkovski behaupten

Seit September 2002 amtet eine aus der Sozialdemokratischen Partei (SDSM) und der neu gegründeten Demokratischen Union für Integration (DUI) von Ali Ahmeti bestehende Regierungskoalition. Diese bewährte sich auch im anspruchsvollen politischen Umfeld nach dem tragischen Tod des charismatischen Präsidenten Boris Trajkovski bei einem Flugzeugabsturz in Bosnien und Herzegowina am 26. Februar 2004 überraschend gut. Einige Beobachter sahen bereits die Stabilität des Landes gefährdet, weil Trajkovski als der grosse Versöhner zwischen der slawisch-mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit gegolten hatte.<sup>2</sup> Am 14. und 28. April 2004 wurde der bisherige sozialdemokratische Regierungschef Branko Cervenkovski in zwei weitgehend internationalen Standards entsprechenden Wahlgängen zum Nachfolger von Trajkovski bestimmt. Cervenkovski sicherte die Fortsetzung des Aussöhnungskurses mit den Albanern zu und bekundete – zusammen mit der Regierung – den Willen, mit allen im Staat zusammenzuarbeiten sowie Extremismus und Radikalismus zu bekämpfen. Allerdings gibt sich Cervenkovski nicht mit der verfassungsmässigen repräsentativen Präsidentenrolle zufrieden, sondern greift regelmässig in anstehende Entscheidungsprozesse ein und möchte die parlamentarische Demokratie in eine auf seine Person zugeschnittene Präsidialdemokratie umgestalten. Die gesamte Regierung verfolgt jedoch gemeinsam das übergeordnete politische Ziel, das Vertragswerk von Ohrid erfolgreich abzuschliessen,<sup>3</sup> um sich der EU und NATO weiter annähern zu können. Am 23. März 2004 reichte Staatspräsident Cervenkovski offiziell ein Beitrittsgesuch zur EU ein.<sup>4</sup> Die Beitrittskriterien werden aber wohl noch auf längere Zeit nicht erfüllt werden können. Erfolgversprechender scheint der für 2007 erhoffte NATO-Beitritt zu sein.

## 3. Ohrid-Verträge: Schwierige Schlussphase

Sowohl die albanischen wie auch die slawischen Oppositionsparteien versuchten wiederholt Obstruktionspolitik zu betreiben und gefährdeten mit einseitig ethnischen Betrachtungsweisen die weitere Umsetzung von Vertragspunkten. Je nach Anlass führte die oppositionelle Demokratische Partei der Albaner (DPA) die ungenügende Umsetzung des Vertrags an oder sprach sich gegen das Prinzip des multiethnischen Einheitsstaates generell aus.<sup>5</sup> Die nationalistische mazedonische Opposition versuchte mit Protesten und einem Referendum gegen die Dezentralisierung die Umsetzung eines Kernpunktes des Vertragswerks gar zu verhindern (siehe Kapitel 3.1. und 3.2.). Nicht unerwartet stellten die Dezentralisierung und der damit verbundene erhebliche Machttransfer von der Hauptstadt auf die Gemeinden sowie die Anpassung von deren Grenzen den heikelsten Punkt des Vertragswerks dar.

Denn diese Massnahmen garantieren der albanischen Volksgruppe mehr Rechte, obwohl die albanische Frage weiterhin ebenso heikel wie ungelöst ist.

---

<sup>1</sup> Die Presse. Wien. 17.12.2004.

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 13. April 2004.

<sup>3</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 17. Mai 2004.

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 13. April 2004.

<sup>5</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 6. Juni 2004.

### **3.1. Proteste der nationalistischen mazedonischen Opposition**

Eine breite, ethnisch jedoch fast homogene Gruppe bestehend aus mazedonischen Oppositionsparteien, NGOs, Verbänden und Intellektuellen rief zu Kundgebungen gegen den Regierungsbeschluss auf, die Gemeindeaufteilung in Skopje, Struga und Kicevo zu ändern. Am 22. und 26. Juli 2004 kam es in Skopje und Struga zu grossen, jedoch mehrheitlich friedlichen Kundgebungen. Die Proteste richteten sich gegen eine angeblich durch diese Gesetzesänderungen begünstigte Teilung des Landes. Der ursprüngliche Kompromiss der Dezentralisierung wurde zur Glaubensfrage 'für' oder 'gegen' Mazedonien und die beschlossene Neuordnung der Gemeindegrenzen wurde als Sieg der Albaner dargestellt.

### **3.2. Das gescheiterte Referendum vom 7. November 2004**

Der Mazedonische Weltkongress, nationalistisch gesinnte Auslandmazedonier in Australien und die oppositionelle Demokratische Partei für die Mazedonische Einheit (VMRO-DPMNE) ergriffen das Referendum gegen die im Regierungsbeschluss vom 11. August 2004 vorgesehenen neuen Gemeindegrenzen und der damit einhergehenden Verminderung der Zahl der Gemeinden von 123 auf 84 und bis ins Jahr 2008 auf 80. Weit umstrittener ist jedoch, dass durch die Eingemeindung von Dörfern im Südwesten der Städte Struga und ab 2008 auch in Kicevo, die Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der Albaner umgekehrt werden und diese durch die Dezentralisierungsmassnahmen stärker am Staatswesen beteiligt werden. Zudem befürchteten die Referendumsbefürworter, dass sich die ohnehin zu beobachtende Abwanderung von slawischen Mazedoniern aus dem – an Albanien grenzenden – Westen des Landes durch das neue Gesetz noch verstärkt und dass bisher multiethnische Gemeinden zu monoethnischen werden. Letztlich wollte die mazedonische Mehrheit noch einmal versuchen, die bereits gemachten Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen. In der Abstimmungskampagne waren entsprechend oftmals ethnisch aufgeladene, nationalistische und regierungsfeindliche Töne zu hören. Die notorisch zerstrittene Opposition war erstmals wieder vereint und versuchte das Referendum zu ihren Gunsten zu nutzen.<sup>6</sup> Allerdings zum Preis, dass dadurch nicht nur der Zwist innerhalb der mazedonischen Volksgruppe sondern auch zwischen Mehrheit und Minderheit verschärft wurde. Schliesslich setzte sich jedoch die Regierung in der erhofften Form durch. Denn statt der erforderlichen Stimmbeteiligung von 50 Prozent gingen nur 26,2 Prozent abstimmen, somit wurde das erforderliche Quorum nicht erreicht. Offenbar zeigten eindringliche und manchmal mit drohendem Unterton ergangene internationale Warnungen ihre Wirkung.<sup>7</sup> Schliesslich wollte die Mehrheit der Bevölkerung die Stossrichtung des Referendums offensichtlich nicht unterstützen. Der mazedonische Friedensprozess bestand die grösste Bewährungsprobe seit August 2001.

## **4. Regierungskrise nach Referendum rasch gelöst**

Am 14. November 2004 reichte der parteilose Premierminister Hari Kostov überraschend seinen Rücktritt ein. Bereits am 25. November 2004 wurde der amtierende Verteidigungsminister Vlado Buckovski als neuer Vorsitzender der SDSM gewählt und als neuer Regierungschef nominiert. Das Parlament bestätigte am 17. Dezember 2004 die neue Koalitionsregierung mit grosser Mehrheit. Als Prioritäten seiner Politik nannte auch Buckovski im Wesentlichen die Mitgliedschaft in NATO und EU sowie das gegenseitige Vertrauen zwischen slawischer Mehrheit und albanischer Minderheit. Insgesamt gesehen funktioniert auch die neue Regierung recht gut.

Die Dauerprobleme wie die Bekämpfung der OK und der Korruption, die Umsetzung von Reformen in verschiedensten institutionellen Bereichen sowie die Verbesserung der angespannten ökonomischen Lage werden jedoch mit unterschiedlichem Erfolg angegangen. Weiterhin muss jeglicher Fortschritt hart erkämpft werden und es kommt – wie unter

---

<sup>6</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 27. Juli 2004.

<sup>7</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 6./7. November 2004.

der Vorgängerregierung – zu zeitweiliger Stagnation und Treten an Ort.

## 5. Lokalwahlen mit Abstrichen erfolgreich

Die Kommunalwahlen stellten den letzten wichtigen Schritt zur vollständigen Umsetzung des Ohrid-Vertrags dar und galten entsprechend als Test für den Friedensprozess und die Demokratie. Ursprünglich für den 21. November 2004 vorgesehen, mussten diese – wegen des Referendums vom 7. November 2004 – auf den 13. März 2005 verschoben werden. In den im Jahr 2004 neu definierten 84 Gemeinden standen 379 Bürgermeisterkandidaten und 445 Kandidatenlisten zur Auswahl. In allen drei Wahlgängen, am 13./27. März und 10. April 2005 kam es zu Wahlverstössen in Form von Einschüchterungen, Verletzungen des Wahlgeheimnisses und es wurden Wahlzettel und -urnen gestohlen. Die grosse Mehrzahl der Verstösse wurde in Wahlkreisen der albanischen Minderheit und im Grossraum Skopje angetroffen.<sup>8</sup> Obwohl gesamthaft gesehen nur ein kleiner Prozentsatz der über 2'000 Wahllokale im ganzen Land betroffen war,<sup>9</sup> wird die positive Bewertung des Urnengangs durch Regierungsvertreter von lokalen Beobachtern und der internationalen Gemeinschaft nur teilweise geteilt.<sup>10</sup> Hingegen wurde die von den beiden größten albanischen Parteien, der DUI und der DPA von Arben Xhaferi, Mitte Januar 2005 unterzeichnete Vereinbarung zum Verzicht auf 'Einschüchterung und Gewalt'<sup>11</sup> eingehalten. Die oppositionelle albanische DPA boykottierte jedoch den zweiten und dritten Wahlgang mit der Begründung in ethnisch albanischen Gebieten Gewalttätigkeiten vermeiden zu wollen und um Regierung und internationale Gemeinschaft auf den Reformbedarf aufmerksam zu machen. Insgesamt gesehen haben die Parteien der Regierungskoalition klar gesiegt. Sie errangen in 51 von 84 Gemeinden die Mehrheit und die Opposition gewann lediglich in 26 Gemeinden. Sechs Gemeinden werden von einem Parteilosen regiert und Suto Orizari/Skopje von einem Roma.<sup>12</sup> Allerdings widerspiegelt der Sieg weniger die Popularität der Regierung(sparteien) als die Schwäche der Opposition.

## 6. Anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage

Mazedonien hinkt in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den Transformationsländern in der Region hinterher.<sup>13</sup> Der wirtschaftliche Transformationsprozess ist trotz kleiner Schritte in Richtung Marktwirtschaft anhaltend schwierig. Kommunistische Altlasten, latente politische Unsicherheit, schleppendes Vorankommen von Strukturreformen, Bürokratie, Korruption und andere kriminelle Wirtschaftspraktiken verhindern ein stärkeres Wachstum.<sup>14</sup> Eine Gesundung ist kurz- bis mittelfristig nicht absehbar, internationale Investoren bleiben weiterhin Mangelware. Die hohe Arbeitslosigkeit, die bei 40 Prozent<sup>15</sup> liegt, ist Ausdruck dieser schwierigen sozioökonomischen Lage. Zudem stehen weitere Schliessungen von unrentablen Grossbetrieben an. Es besteht immer wieder eine gewisse Gefahr der 'Ethnisierung' der wirtschaftlichen Misere zu politischen Zwecken. Dies allerdings zu Unrecht. Auch wenn die ökonomische Situation vieler Albaner prekär ist, so sind doch die anderen Volksgruppen mindestens so stark betroffen.<sup>16</sup> Ein Durchschnittsverdienst beträgt 150 €<sup>17</sup> und eine Pension 80 € im Monat.<sup>18</sup> 83'000 registrierte

<sup>8</sup> Le Courrier des Balkans. Skopje. 31. März 2005.

<sup>9</sup> Associated Press. Skopje. 27. März 2005.

<sup>10</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 28. März 2005.

<sup>11</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 12. März 2005.

<sup>12</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 13. April 2005.

<sup>13</sup> Utrinski Vesnik. Skopje. 22. Dezember 2004.

<sup>14</sup> Dow Jones. Yahoo Finanzen. London. 24. August 2004.

<sup>15</sup> Associated Press. Skopje. 29. April 2004.

<sup>16</sup> Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 24. Dezember 2004.

<sup>17</sup> Associated Press. Skopje. 13. März 2005.

<sup>18</sup> Utrinski Vesnik und KosovaLive. Skopje. 10. März und 8. Januar 2003.

Familien erhalten eine Sozialhilfe von ca. 65 €<sup>19</sup>

## **7. Migrationssituation**

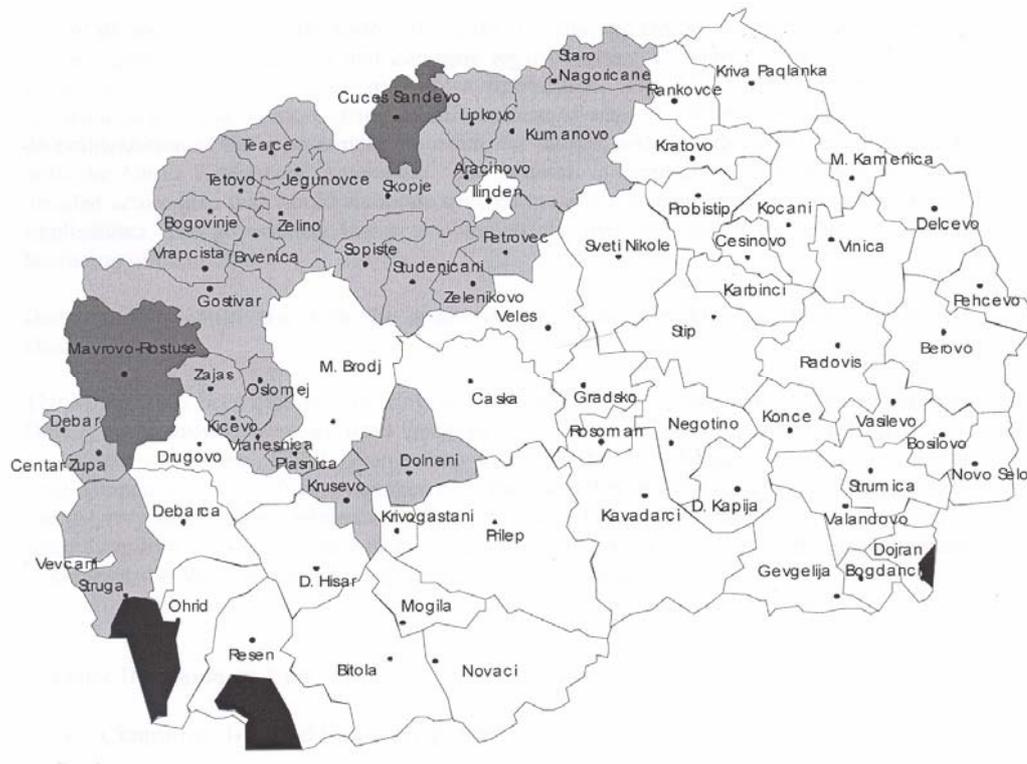
Bis heute gibt es keine genauen Informationen darüber, wie viele Mazedonier im Ausland als Auswanderer leben. Die grössten Kolonien befinden sich in dieser Reihenfolge in Kanada, Australien, den Vereinigten Staaten und in europäischen Ländern sowie in Argentinien und Neuseeland. Der wirtschaftlich begründete Migrationsdruck hält an. Die Migrationsbereitschaft unter den Jugendlichen aller Volksgruppen, von denen bis zu 80 Prozent Mazedonien verlassen möchten,<sup>20</sup> bleibt hoch. Vor allem bei der slawisch-mazedonischen Volksgruppe spielt auch der Braindrain eine nicht zu unterschätzende Rolle. Nicht zuletzt vom Erfolg der wirtschaftlichen Reformen und von der internationalen Bereitschaft, Mazedonien weiterhin in vielfältiger Hinsicht zu unterstützen, wird es mittelfristig abhängen, ob der Migrationsbereitschaft auch eine tatsächliche Auswanderung folgen wird. Die Schweiz dürfte jedoch aufgrund der veränderten ausländer- und asylrechtlichen Rahmenbedingungen kaum in grösserem Umfang als in den letzten Jahren Zielland sein.

---

<sup>19</sup> KosovaLive. Skopje. 8. Januar 2003.

<sup>20</sup> Macedonian Press Digest. Skopje. 25. November 2002.

## Anhang 1: Bezirke<sup>21</sup>



<sup>21</sup> Organization for Security and Co-operation in Europe. OSCE. Skopje. 31.8.2004.